
221/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 24.09.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Brosz, Freundinnen und Freunde

betreffend Auftrag an die Zukunftskommission - Berücksichtigung der sozialen Problematik im Österreichischen Schulsystem

Kinder aus weniger begüterten Familien mit niedrigem Bildungsstand der Eltern haben nach wie vor deutlich weniger Chancen im österreichischen Bildungssystem als jene aus sozioökonomisch bevorzugtem Umfeld. Das zeigen Daten aus der internationalen Bildungsvergleichsstudie „PISA“ und Studien des Instituts für Bildungsforschung.

Der von Österreich zusätzlich durchgeführte Vergleich der Ergebnisse der „PISA-Studie“ zwischen den zehn reichsten Staaten Europas zeigt sehr deutlich die hohe Abhängigkeit der Schülerinnenleistungen von der Schulbildung der Eltern. In Finnland, dem Spitzenreiter in der „PISA“-Studie, beträgt der durchschnittliche Leistungsunterschied zwischen SchülerInnen, deren Eltern der höchsten Bildungsschicht angehören, und jenen, deren Eltern der niedrigsten Bildungsschicht angehören, 39 Punkte, in Irland sind es 37,5 Punkte. In Österreich sind es dagegen 91,5 Punkte. Eine Stufe in der fünfteiligen PISA-Skala beträgt 41 Punkte. Während es einigen Ländern also gelingt, die Unterschiede innerhalb einer Stufe zu halten liegt der durchschnittliche Unterschied in Österreich bei weit mehr als 2 Stufen.

In allen neun Ländern, die in der PISA-Studie bei der Lesekompetenz vor Österreich rangieren, bestehen die Leistungsunterschiede vorwiegend innerhalb einer Schule. In Österreich dagegen sind die Unterschiede zwischen den Schulen viel größer. Das ist das Ergebnis der frühzeitigen Selektion in Österreich nach der vierten Klasse Volksschule. Auch in der PISA-Studie wird der "Abbau der sozioökonomischen Segregation zwischen den Schulen" als mögliche Strategie dargestellt, um dem Problem der Unterschiede zwischen den Schulen beizukommen.

Dass der größte Einfluss auf die Bildungskarriere der Kinder vom Bildungsniveau der Eltern ausgeht, belegen auch Studien des Österreichischen Instituts für Familienforschung. Demnach maturieren 80 Prozent der Kinder von Akademikern. Bei Kindern von Eltern mit Pflichtschulabschluss sind es hingegen nur zehn Prozent - ein Verhältnis, das sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum verändert hat. Ähnliches gilt im Bereich der Hochschulbildung: Gerade einmal 40 % der Studienanfängerinnen sind Kinder von Eltern ohne Matura - Tendenz rückläufig.

Angesichts dieser Daten muss sich die Zukunftskommission mit der Frage

auseinander setzen, wie die soziale Problematik im Schulsystem abgemildert werden kann. Auch wenn das Schlagwort Chancengleichheit nicht umsetzbar ist, muss es in der Bildungspolitik immer um eine Chancenangleichung gehen. Es ist daher notwendig, dass die Zukunftskommission mit Themen wie Frühförderung im Vorschulbereich, individueller Förderung von Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Schichten und Überprüfung der Auswirkungen der frühen Selektion nach vier Schuljahren beschäftigt.

Die Zukunftskommission wurde mit der Aufgabe betraut ein umfassendes Reformkonzept für das österreichische Schulwesen vorzulegen. Wesentliche Themenbereiche wurde dabei jedoch entweder vergessen oder dezidiert aus der Diskussion genommen. So etwa die Frage nach Änderungen in der Schulorganisation, die, so BM Gehrler, ausdrücklich Aufgaben des Österreichkonvents wären. Eine Schulreform ist jedoch ohne Berücksichtigung der Fragen der Schulorganisation nicht denkbar.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesministerien für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert die Zukunftskommission mit der Ausarbeitung eines umfassenden Maßnahmenpaketes für die Lösung der sozialen Problematik im Österreichischen Schulsystem zu betrauen. Weiters soll die Zukunftskommission die Möglichkeit erhalten, Fragen der Schulorganisation zu diskutieren.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.